



Prof. Dr. Christian von Hirschhausen,
Forschungsdirektor für Internationale
Infrastrukturpolitik und Industrieökonomie
am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors
wieder.

Braunkohlehalden sind wie Atommüll ... nur dringender: Verkauf der Lausitzer Vattenfall nicht vertretbar

Wer in den letzten Jahren durch das Lausitzer Braunkohle-
revier gefahren ist, kennt die Verkehrsschilder, die das
Verlassen von Bundesstraßen mit dem Hinweis verbieten:
Lebensgefahr! Tatsächlich ist das Betreten von Braun-
kohletagebau-Folgelandschaften wegen unbeherrschbarer
Rutschgefahren lebensgefährlich, genauso wie der dem
Ort Lieske drohende Dammbuch aus dem ausgekohlten
und mit Wasser verfülltem alten Tagebau, dem heutigen
Sedlitzer See. Ganz zu schweigen von der „braunen Spree“,
welche durch Eisenhydroxid aus alten aber auch aktuellen
Braunkohletagebauten langsam nach Berlin fließt, zwar
nicht lebens- aber immer noch gesundheitsgefährdend und
überaus unappetitlich.

Die Folgeschäden und Ewigkeitskosten des Braunkohle-
tagebaus sind zwar weniger spektakulär als der Atommüll,
um den derzeit aktuelle politische Diskussionen laufen, und
um eine Größenordnung weniger teuer, aber ansonsten ist
alles identisch: Unzureichende Rückstellungen der Berg-
bautreibenden, Informationsdefizite der öffentlichen Hand,
insbesondere der Bergämter gegenüber den Monopolisten
(hier in der Lausitz noch Vattenfall), und die Gefahr, sehen-
den Augen in eine Situation à la Atomwirtschaft reinzu-
rutschen, bei der die Gewinne des Geschäfts von einem
Investor übernommen werden und die öffentliche Hand auf
den Milliardenkosten der Umweltverschmutzung und der
Sicherheitsmaßnahmen sitzenbleibt. Und dann stellen Sie
sich den Trubel vor, wenn man die deutschen Atomkraft-
werke samt schwach-, mittel- und hochradioaktivem Abfall
an einen ausländischen Investor verscherbeln würde, einen
staatlichen Energiekonzern oder eine Heuschrecke. „Un-
möglich, undenkbar, geht gar nicht!“, und keine Politikerin
hätte den Mut, diesem Geschäft zuzustimmen.

Genau das passiert aber derzeit mit der Braunkohlewirt-
schaft in der Lausitz, welche – analog zur Atomwirtschaft –
mit unabsehbaren Folge- und Ewigkeitskosten belastet ist
und weit und breit kein Konzept existiert, wie diese unsiche-

ren und teilweise weit in der Zukunft liegenden Kosten
beglichen werden können. Außer natürlich, man wählt den
für Verkäufer und Käufer günstigsten Weg und bürdet die
Folgekosten dem (deutschen) Steuerzahler auf, wohingegen
sich Käufer und Verkäufer an dem privaten Wert der noch
vorhandenen Braunkohlevorkommen bereichern. Tatsäch-
lich beinhaltet das Verkaufsangebot von Vattenfall in
der Lausitz, auf welches sich drei Interessenten gemeldet
haben, durchaus attraktive Assets, vor allem einige Blöcke
der Kraftwerke Schwarze Pumpe und Boxberg. Was aber
vor 25 Jahren aus struktur- und beschäftigungspolitischen
Gründen sinnvoll war, darf sich heute nicht wiederholen:
Damals rettete Bundeskanzler Helmut Kohl die ostdeutsche
Braunkohlewirtschaft, die die westlichen Energieversor-
gungsunternehmen am liebsten übernommen und dann
schrittweise kleingeschrumpft hätten. Viele tausende
Arbeitsplätze wurden so gerettet, indem die Bundesregie-
rung neue Braunkohlekraftwerke finanzieren ließ und die
Altlasten des DDR-Braunkohletagebaus auf den Steuer-
zahler umlegte: Die Lausitzer und Mitteldeutsche Berg-
bau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) ist seitdem als
hundertprozentige Tochter des Bundes unter der Aufsicht
des Bundesfinanzministeriums für diese Kosten zuständig.

Nein, eine Wiederholung des Szenarios „Gewinne privati-
sieren, Verluste sozialisieren“ à la Atomwirtschaft darf es in
der Lausitzer Braunkohlewirtschaft nicht geben. Sowohl der
Bund als auch die beteiligten Länder (Berlin, Brandenburg
und Sachsen) können keiner Verkaufslösung zustimmen, bei
der ein Investor sich die Rosinen des angebotenen Pakets
herauspicks und die Bergfolgeschäden auch des laufenden
Betriebs geflissentlich der öffentlichen Hand übereignet.
Die Braunkohle in der Lausitz (und anderswo) ist aufgrund
der Umweltschäden und der Ewigkeitskosten volkswirt-
schaftlich gesehen ein Wertevernichter, und daher sollte die
öffentliche Hand hier einen Verkauf verhindern und statt
dessen einen nachhaltigen Strukturwandel angehen, der –
in unserem Jargon – „wohlfahrtssteigernd“ wäre.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Daniel Kemptner
Dr. Jan Marcus

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.